Die Tagung des Zentralausschusses der KPD.

1. Tag des Zentralausschusses

Die Sitzung wurde mit einem ehrenden Nachruf für die verstorbenen Genossen **Korsch, Friedel Neumann** und **Hans Urban** eröffnet. Nach der Begrüßung der Vertreter der Bruderparteien erhält das Wort der

Vertreter des Exekutiv-Komitees.

Er weist darauf hin, daß diese Sitzung des Zentral-Ausschusses von außergewöhnlicher Bedeutung für die deutsche Partei sei. Die KPD. befindet sich in einer außergewöhnlich schwierigen Situation. Sie ist gezwungen, gegen den Strom zu schwimmen. Die Exekutive hat ein großes Interesse daran, wie die Partei den Vormarsch aufnehmen wird. Die Exekutive verfolgt gleichzeitig mit großem Interesse die Diskussion über die Kampfestaktik gegen den Monarchismus. Die Internationale ist durchaus einverstanden mit der Politik, die die Zentrale in Deutschland in dieser Hinsicht betreibt. Der Vertreter der Exekutive spricht über die Preußenfrage und führt aus, daß die Kommunistische Internationale der Meinung ist, daß unter gewissen Bedingungen, unter denen eine Entlarvung und eine Zersetzung der Bourgeoisie erreicht werden kann, es zweckmäßig ist, sich der Stimme zu enthalten. Das habe mit Opportunismus oder gar Koalitionspolitik absolut nichts zu tun. Bei einer Koalitionspolitik handelt es sich um Verpflichtungen zweier Kontrahenten. Solche Verpflichtungen lagen jedoch in diesem Falle bei einer Kommunistischen Partei nicht vor. Die Kommunistische Partei kenne nur eine Verpflichtung: die gegenüber der Arbeiterklasse. Der Redner erinnert an die Situation zur Zeit des Friedensschlusses von Brest-Litowsk. Damals seien auch in Rußland Genossen aufgestanden und hätten erklärt, Lenin betreibe eine Koalitionspolitik. In Wirklichkeit habe er jedoch lediglich eine Ausnutzung der Gegensätze im Lager der Bourgeoisie bezweckt und auch erreicht.

Die Wahl Hindenburgs dürfe nicht nur vom deutschen Standpunkt aus betrachtet werden. Hindenburg ist ein Vorposten des englisch-amerikanischen Kapitals, eines reaktionären Angriffs auf Sowjetrußland. Der Kampf gegen Hindenburg ist zugleich eine Unterstützung Sowjetrußlands. In Deutschland sehen wir den Faschismus unter der Form eines Kampfes um die Wiederaufrichtung der Monarchie. Auch in Deutschland gebe es bürgerliche Parteien, die gegen die Aufrichtung der Monarchie seien, aber ihr „Kampf", den sie angeblich führen, ist kein ernsthafter Kampf. Für die Kommunistische Partei handele es sich vor allem darum, die Kräfte der Arbeiterschaft und die der Kleinbauern und Kleinbürger zu mobilisieren. Das sei die richtige Taktik der Einheitsfront, die wir auf dem 3. Weltkongreß beschlossen haben.

Zum Schluß begrüßt der Vertreter der Komintern, daß die Zentrale Beschlüsse vorgelegt habe, die nach ihrer Durchführung auch den heute noch Schwankenden beweisen werden, daß die KPD. auf dem richtigen Weg zur Eroberung der Massen ist.

Die Tagung wird außerdem begrüßt von Vertretern der französischen, tschechoslowakischen, schwedischen und österreichischen Partei.

Die Tagesordnung hat nur einen Punkt: Referat über die Arbeit der erweiterten Exekutive, politische Lage, Aufgaben und Taktik der Partei.

Das Referat hält ein

Vertreter der Zentrale.

Der Redner geht zunächst auf die **Ergebnisse der Tagung der Erweiterten Exekutive** ein.

Die dort angenommenen Thesen über die Bolschewisierung bringen die Notwendigkeit zum Ausdruck, den unermüdlichen Kampf gegen alle Abweichungen vom Leninismus zu führen. Dieser Kampf ist auch für die KPD. eine Lebensfrage. Ohne eine wirklich einheitliche Auffassung der Vergangenheit werden wir zu keiner wirklichen Einheit der Gegenwart kommen.

Die Thesen über die Bolschewisierung, die die theoretischen und praktischen Grundlagen unserer Arbeit umreißen, sind für die Partei ein notwendiges Rüstzeug, um die Funktionäre im wirklich bolschewistischen Sinne zu erziehen.

Neben diesen theoretischen Fragen stand auf der Sitzung der Erweiterten Exekutive die Frage des Kampfes **gegen die rechten liquidatorischen Tendenzen**, die gerade in einer Situation, in der die reaktionäre Welle steigt, sich besonders bemerkbar machen. Bei der Behandlung des Falles Brandler auf der Exekutivsitzung sagten einige Arbeiter, man solle Brandler deshalb ausschließen, um Ruhe zu haben. Unsere Partei wird keine Ruhe haben, weder vor noch nach Ergreifung der Macht. Wir werden immer kämpfen müssen gegen rechte und ultralinke Abweichungen und den Kurs gegen die rechten Gefahren jetzt doppelt und dreifach einhalten müssen. In dieser Beziehung ist die ideologische Durchbildung der Partei noch schwach. Beim Kampf gegen den Brandlerismus muß man sich vollständig klar sein, daß zwischen der Lage des Jahres 1923 und 1925 ein Unterschied besteht. Bis 1923 hatten wir eine akute revolutionäre Situation, und damit stand die Machtergreifung als unmittelbare Aufgabe auf der Tagesordnung. 1925 ist das nicht mehr der Fall. Nichts war brandlerischer als die These im November 1923, daß man, weil die Arbeiterklasse geschlagen sei, nur noch um Endziele kämpfen könne. Das hat den ideologischen Klärungsprozeß innerhalb der Partei um ein ganzes Jahr aufgehalten. Die Vorstellung vieler Proletarier war: Wir können nur noch um das Endziel kämpfen, alles andere hat keinen Zweck. Die Taktik Brandlers bestand vor 1923 darin, daß die SPD. nicht etwa ein großer Feind ist, den man mit List und Angeboten, mit allen Methoden schlagen muß, sondern ein großer Bruder, der sich ins Lager der Bourgeoisie verirrt hat, und den man zurückgewinnen muß. Das ist eine **vollständige Verkennung der Rolle der SPD.** Diese Auffassung führte weiter zu der **Vorstellung vom westeuropäischen Wege zur Macht im Rahmen der Weimarer Verfassung**, der Zeigner-Regierung als Weg zur Macht, wie es festgelegt ist in den Beschlüssen des Leipziger Parteitags. Diese Auffassung fand ihren Niederschlag im Programmentwurf Thalheimer, und in den Reden Clara Zettins noch auf dem 5. Weltkongreß kehrt diese „westeuropäische" Abweichung wieder. Diese Illusion von der SPD. als großen Bruder, dieser westeuropäische Weg, war der grundsätzliche Unterschied zum Brandlerismus. Und nicht etwa Spitzenverhandlungen oder Offene Briefe.

Die Situation in Deutschland.

Wie ist die allgemeine Situation in Deutschland in bezug auf die Kräfte der Arbeiterklasse und in bezug auf die Kräfte der Bourgeoisie? Die Exekutivsitzung stellte fest, daß die Lage in Deutschland nicht akut revolutionär, daß aber die Situation im Weltmaßstab und damit auch in Deutschland, objektiv revolutionär bleibt. **Der wichtigste und positivste Faktor** für die revolutionäre Lage ist die Existenz Sowjetrußlands. Als **zweiten Faktor** haben wir in Rechnung zu stellen die wachsenden Gegensätze zwischen den imperialistischen Ländern. Als **dritter Faktor** ist einzusetzen das Erwachen der Kolonialvölker. Der **vierte Faktor** ist das verstärkte Selbstbewußtsein der Arbeiter und vor allem die Tatsache des Bestehens kommunistischer Parteien. So schwierig die Situation auch für uns in Deutschland ist, und so schwach unsere Bewegung im Verhältnis zu der gesamten Arbeiterklasse noch sein wird, so sind wir doch nicht aktionsunfähig. Zwar können wir heute noch nicht die Machtfrage stellen, aber wir haben eine Periode von bedeutungsvollen Klassenkämpfen vor uns, wo die Arbeiterschaft unter unserer Führung eine aktive Rolle spielen kann, wo sie handelnd auftreten wird, um die revolutionären Kräfte zu entwickeln, die Revolution zu organisieren und vorzubereiten. Die entscheidende Frage ist für uns jetzt, soll die von uns erfaßte Arbeiterschaft und ihre Kommunistische Partei zum Zusehen verurteilt sein, oder soll sie als aktiver revolutionärer Faktor auftreten.

Die Restauration der Bourgeoisie.

Die Hindenburg-Wahlen sind ein bestimmter Ausdruck der Restauration der deutschen Bourgeoisie. Diese Wiederaufrichtung der politischen und wirtschaftlichen Macht begann nicht etwa im Oktober 1923 oder beim Dawes-Plan und hat ihr Ziel erreicht bei der Hindenburg-Wahl, sondern **sie begann in Wirklichkeit am 9. November 1918** in dem Augenblick, als die Revolution nicht weiter ging zu einer proletarischen. Aber die Restauration erreichte einen Höhepunkt bei der Hindenburg-Wahl. Sie ist noch nicht vollendet und wird weiter gehen über die Wahl hinaus und wird nach neuen Formen suchen. Bei der Betrachtung der Situation in Deutschland müssen wir vom **Dawes-Plan ausgehen.** Die Bourgeoisie muß, um nach innen ihren Profitanteil zu erhalten, ihre Machtmittel gegen das Proletariat verstärken. Das braucht sie nicht in der Form mehr, daß sie Seekt regieren läßt, sondern sie hat Hindenburg wählen lassen, um **auf legalem Wege**, ohne eine ausgesprochene Militärdiktatur, die absolute Macht gegen das Proletariat aufzurichten. Die Durchführung des Dawes-Plans für die deutsche Bourgeoisie bedeutet kein Abfinden mit dem Profitanteil, wie ihn die Weltbourgeoisie vorschreibt, sondern die deutsche Bourgeoisie wird versuchen, diese Quote zu erhöhen durch Teilnahme an der Ausbeutung der Welt. Heute vermag sie das noch nicht als selbständige Großmacht, sondern sie muß am Schwanz der Großmächte nachmarschieren. Das sehen wir in der englischen Orientierung unserer jetzigen deutschen Regierung. **Hindenburg ist ein Kandidat Englands und ein willkommener Prätendent in Deutschland für die englische Bourgeoisie, weil er für den englischen Imperialismus im künftigen Kampf gegen den Bolschewismus ein guter Kampfgenosse sein wird.**

Die monarchistischen Tendenzen und der „Volksblock".

Die Republik war dem deutschen Kapitalismus aufgezwungen durch eine Lage, bei der er seine Herrschaft erschüttert sah. Die demokratische Republik war nicht nach dem Willen der deutschen Bourgeoisie. Man hatte diese Republik vorgeschoben, um nicht die schlimmere Sturmflut der Revolution zu erleben. Diese bürgerliche Republik mit allen ihren Schwächen ist der deutschen Bourgeoisie das Zeichen ihrer Niederlage, ihres Zitterns am 9. November. Und die deutsche Bourgeoisie wird sich erst dann wieder stark fühlen, wenn sie diese Republik verfassungsmäßig abgeschafft hat zugunsten einer Monarchie, um damit zum Ausdruck zu bringen, daß die Gefahr des 9. November 1918 endgültig gebannt ist. Das sind **die monarchistischen Tendenzen.** Damit ist nicht gesagt, daß die Tendenzen zur vollen Auswirkung kommen, d. h. daß die Aufrichtung der Monarchie absolut sicher ist. Es gibt Gegentendenzen, die wir auszunutzen und zur Sammlung der Massen zu steigern haben. Damit kommen wir zu einer weiteren Frage: Was bedeutet der „Volksblock" für uns und ist er erledigt? Der „Volksblock" hatte die Aufgabe, die Arbeiterklasse und das Kleinbürgertum im Wahlkampf einzuspannen und in Scheinopposition gegen das Finanzkapital zu verbinden. Der Volksblock ist zwar unterlegen, weil das Finanzkapital stärkere Verbündete herangezogen hat, aber man muß doch feststellen, daß der Volksblock breiteste Massen für den schwarz-rot-goldenen Schwindel eingefangen hat. Manche sagen, es war nur eine Wahlbewegung. Wenn 13 Millionen Arbeiter, Kleinbürger und Kleinbauern für Marx, gegen den z. B. alle freidenkerischen Argumente sprachen, ihre Stimmen abgaben, so ist das eine Massenbewegung. Obwohl der Volksblock geschlagen ist, obwohl er viele Ueberläufer zu den Monarchisten feststellen muß, wäre es doch falsch, zu behaupten, der Volksblock sei erledigt. Kluge Leute behaupten, Hindenburg ist da und regiert, also ist der Volksblock weg. Nach dieser Analyse haben wir allerdings nur die Deutschnationalen und uns, dazwischen liegt ein luftleerer Raum. Genosse Sinowjew hat auf dem 5. Weltkongreß erklärt: Das Scher[illegible] der Geschichte lautet nicht: Demokratie — proletarische Dik[illegible], proletarische Diktatur — Demokratie. Dazwischen kommt noch eine ungeheure Epoche des Klassenkampfes. Natürlich wird sich der Volksblock, wie er es noch immer bewiesen hat, besonders „heldenhaft" benehmen. Nach einer bestimmten Periode der Regierung Hindenburgs wird sich eine kleinbürgerliche Opposition herausbilden. Denn der Volksblock besteht noch in den Illusionen der SPD- und Zentrums-Arbeiter.

Unsere Aufgaben.

Welche Möglichkeit haben wir, um den Proletariern den schwarz-rot-goldenen Nebel von den Augen fortzunehmen und das verdunkelte Klassenbewußtsein zu erhellen? Unsere Aufgabe muß darin bestehen, diesen Volksblock zu zersplittern. Können wir, um das zu erreichen, Manöver machen, Entwicklungsmethoden anwenden, Angebote und Kompromisse vorschlagen? Ist das zulässig? Sollen wir einen Riß in der Bourgeoisie ausnützen oder nicht? Lenin hat uns gelehrt, daß zum Kampf gegen die Bourgeoisie notwendig ist, erstens die Existenz einer proletarischen Partei, zweitens die Unterstützung durch eine Massenbewegung, und drittens die Verwirrung und Unruhe im Lager der Gegner.

Die Genossen aus den Betrieben verlangen von uns, daß wir ihnen Mittel und Methoden geben, um den Gegnern ihre verlorenen Argumente gegen uns besser aus der Hand schlagen zu können. Ich möchte die ganze Politik unserer Partei in folgende Formel bringen: Brandler wollte einen großen Bruder gewinnen, wir jedoch wollen lernen, einen großen Feind zu schlagen. Wir müssen lernen, die anderen ins Unrecht zu setzen und selber im Recht zu sein.

Dabei kommt es doch darauf an, die Risse im Bürgertum auszunutzen. Wenn die demokratische Republik die Methode ist, mit der die Bourgeoisie sich drapiert, dann muß man gegen eine linke Regierung alle Kräfte mobilisieren. Wenn jedoch die Sozialdemokraten in der Opposition sind, dann muß man diese Scheinopposition unmöglich machen.

Unsere Stellung zu Republik und Monarchie.

Was ist die bürgerliche Republik? Ist sie ein Boden, auf dem es, wie Brandler sagte, keine Klassengegensätze mehr gibt, ein geheimnisvolles Etwas, das man ausnutzen kann entweder für die Bourgeoisie oder für das Proletariat? Das ist selbstverständlich eine vollkommen antileninistische Vorstellung. Die bürgerliche Republik ist immer eine Maskerade der bürgerlichen Diktatur. Aber wenn wir gegen die bürgerliche Republik kämpfen, so ist das nächste Ziel die proletarische Diktatur. Wenn wir gegen die Monarchie kämpfen, so handelt es sich zunächst um Verteidigung der bürgerlichen Republik, gerade in dieser Verteidigung wollen wir die Führung der Massen erobern, um die bürgerliche Republik zerschlagen zu können. Zwischen der bürgerlichen Republik und der proletarischen Diktatur kann nur der Sturz der Bourgeoisie stehen. Wenn wir die Auswahl haben zwischen einer Monarchie und einer bürgerlichen Republik, dann muß uns eine bürgerliche Republik lieber sein, weil wir in ihr die Möglichkeit haben, die Kapitalisten stürzen zu können. Wenn die Monarchie herrscht, werden die Arbeiter die bürgerliche Republik als einen Fortschritt ansehen wenn die bürgerliche Republik herrscht, bleibt nur die proletarische Diktatur übrig.

Die bürgerliche Republik ist für uns keine gleichgültige Angelegenheit. Bei den Kämpfen zwischen Monarchie und Republik stehen wir nicht gleichgültig zur Seite. Ebenso selbstverständlich ist es, daß wir uns für demokratische Einrichtungen einer bürgerlichen Republik zur Ausnutzung der revolutionären Bewegung einsetzen (Presse-, Versammlungsfreiheit usw., Sicherung des Wahlrechts usw.).

Unsere Taktik bei der Präsidentenwahl.

Unser taktisches Vorgehen bei der Präsidentenwahl war nicht so, daß wir unsere Politik den Massen völlig klargemacht haben. Selbstverständlich mußten wir einen Arbeiterkandidaten aufstellen. Die rasche Aufstellung der Kandidatur Thälmann zwang die SPD., Braun aufzustellen. Nach 14 Tagen kräftiger Agitation hätten wir an den ADGB. herantreten sollen und erklären müssen: Wir sind bereit, unseren Kandidaten im weiteren Wahlgange zurückzuziehen, wenn sich der andere Kandidat verpflichtet, für die Auflösung der Reichswehr, die Amnestie, den Achtstundentag und Sturz der Luther-Regierung. Darüber hinaus hätten wir noch erklären können, es besteht eine Mehrheit im Reichstag vom Zentrum bis zu den Kommunisten, die derartige Forderungen beschließen kann. Was wäre dann in der SPD. passiert? Es wäre eine große Verwirrung entstanden. Viele SPD.-Arbeiter hätten erklärt: Man muß mit den Kommunisten zusammengehen und nicht mit dem Zentrum und wir hätten dann eine günstige politische Plattform gehabt, um unsere eigene Kandidatur zu rechtfertigen. Wie anders stünden wir dann nach der Wahl Hindenburgs da. Das Nachgeben der Zentrale gegenüber einzelnen Parteiarbeitern, die das nicht verstehen wollten, hat uns geschadet. Man sollte eine nicht vergessen: Die deutschen Kommunisten haben Sympathien in allen Ländern, bei den linksgesinnten Arbeitern in England, in Oesterreich, in Polen. Diese Arbeiter hetzt man jetzt gegen die Komintern, indem man sagt, die Kommunisten haben den Monarchisten zur Macht verholfen. Auch denen haben wir unser Verhalten nicht verständlich gemacht. Wer das nicht kapiert, daß unsere Taktik auch das berücksichtigen muß, der mag sich international schimpfen; aber er hat nichts von dem internationalen Zusammenhängen kapiert.

Eine weitere Frage:

Hätten wir die Wahl Hindenburgs vermeiden können?

Im Zusammenhang hiermit ist vielfach die Frage der Wahlenthaltung aufgetaucht. Das war eine Ausflucht, weil man nicht wußte, was man tun sollte, um nicht als „Verbündete der Reaktion" dazustehen. Natürlich hätten wir die Wahl Hindenburgs nicht verhindern können; denn Hindenburg ist der legale Sohn des 9. November. Hätten wir die kluge Taktik der SPD. befolgt und die Losung ausgegeben, für Marx zu stimmen, dann hätten unsere Anhänger nicht einmal gestimmt; denn nicht einmal die SPD. konnte ihre sächsischen Mitglieder dazu bringen, für Marx zu stimmen, und ein Teil der Arbeiter hatte sich sofort zu Hindenburg geflüchtet. Das soll man immer wieder in den Fabriken erklären.

Vor ungefähr zwei Jahren war das Argument gegen die Kommunisten in den Betrieben und Gewerkschaften, daß wir die Arbeiter zum blutigen Bürgerkrieg führen wollten, anstatt den schmerzlosen Weg der Koalition zu gehen. Ueberall wurden wir als „Putschisten" bekämpft.

Die „Verbündeten der Reaktion".

Welches ist heute das Argument, das man uns in den Betrieben entgegenhält? Heute heißt es, die Kommunisten sind die „Verbündeten der Reaktion". Wir haben nicht überall sofort verstanden, dies Argument unseren Gegnern aus dem Munde zu schlagen. Und wenn wir bei den Wahlen ein wenig falsch manövriert haben, so müssen wir heute doppelt und dreifach uns anstrengen, um dies Argument zunichte zu machen. Was ist die Agitation des sogenannten „Volksblocks" in der Frage der Koalition? Sie lautet ungefähr so: Hier ist ein Volksblock, der im Reichsbanner eine Kampforganisation gegen Schwarz-weiß-rot besitzt. Dieser Volksblock könnte auf „weimarische" Art regieren, er hat die Mehrheit im Preußischen Landtag und im Reichstag, seine Regierung könnte das Washingtoner Abkommen durchführen, die Steuern auf die besitzenden Klassen abwälzen und den Aufstieg der proletarischen Massen ermöglichen. Wenn nicht das einzige Hindernis im Reichstag und im Landtag diese Kommunisten wären. Wären diese nicht da, dann wäre eine Linksmehrheit vorhanden, und deshalb weg mit den Kommunisten. Dieses demagogische Argument hat vermocht, dem Reichsbanner und Volksblock viele Arbeiter zuzutreiben. Wir müssen alles daransetzen, um diesen Arbeiterbetrug mit allen Mitteln zu zerfetzen und zu zeigen, wer die wahren Agenten und Verbündeten der Reaktion sind. Damit komme ich zur Frage des Offenen Briefes. Von vornherein sei betont: Wer dem Offenen Brief zustimmt, der muß auch die Taktik im Preußischen Landtag billigen. Denn im Offenen Brief steht nichts anderes als was im Landtag gefordert wurde. Die Kommunistische Partei kann um die Frage der Regierung nicht herum. Wir können in das Parlament nicht mit verschränkten Armen gehen. Das zu betonen ist um so notwendiger, als **das spezifische Gewicht des Parlamentarismus heute ein anderes ist als 1923.** Vor 1923 gilt das Parlament bankrott. Es war ein hohles Nichts, das von der Masse nicht beachtet wurde. Heute sucht man die Arbeiterklasse zu betrügen und ihr mit dauernden Wahlen das Gefühl der Mitbestimmung zu geben. Nur wenn man im Parlament mit der Masse verbunden, handelnd auftritt, und die Betrügereien der anderen entlarvt, werden wir den Parlamentarismus gut ausnützen können. Eine kluge parlamentarische Taktik wird die Massenbewegung fördern und zum Teil mit aufpeitschen.

Die Preußenfrage.

Vergessen wir nicht, daß die Massen, die nicht von uns erfaßt werden, in einer preußischen Koalitionsregierung etwas besseres sehen als in einer deutschnationalen Regierung. Entscheidende proletarische Schichten stehen noch im Lager des Gegners. Bei einer solchen Situation müssen wir alles tun, um unseren Feinden die Argumente aus der Hand zu schlagen. Dazu ist notwendig, rasch und gut zu reagieren, um der Arbeiterklasse zu zeigen, daß die SPD. mit ihrem „Volksblock" keinen Ausweg aus der Situation bietet. Unser Angebot in Preußen hat die Situation für uns wesentlich verbessert. Wir können heute ganz anders vor die Arbeiterschaft treten und über die Preußenfrage diskutieren.

Scheinbar bestehen große Schwierigkeiten in unseren Reihen darüber, ob man ohne Bedingungen bei Stimmenthaltung eine bürgerlich-republikanische Regierung gegen eine bürgerlich-monarchistische Regierung ermöglichen soll. Es ist unter gewissen Umständen richtig, eine Regierung der Schwarz-rot-goldenen nicht zu stürzen, um der Arbeiterschaft begreiflich zu machen, daß gerade eine solche Regierung keinen Damm bilde gegen die monarchistische Reaktion.

Warum haben wir aber am Freitag gegen Braun gestimmt? Wir stimmten aus Zweckmäßigkeitsgründen gegen Braun, der sich ausdrücklich gegen die KPD. gewandt und Unterhandlungen mit der Volkspartei gepflogen hatte. Stimmenthaltung hätte bedeutet, die Deutschnationalen und Volksparteiler politisch zu unterstützen, die jetzt keine Landtagsauflösung wollen, um den Frieden Hindenburgs nicht zu stören. Wir mußten gegen Braun stimmen, um niemandem einen Ausweg zu lassen. **Aber es kann eine Lage kommen, wo eine solche Politik nötig ist, die eine vorübergehende Duldung des Kabinetts Braun darstellt.**

Ein Wort über die **sächsische Lage.** Dort kann man nur eine Politik gegen den Landtag machen. Man sollte längst den Betriebsrätekongreß organisiert haben mit der Losung: Hinweg mit dem Landtag. Unter den sächsischen Arbeitern werden wir durch den Offenen Brief eine Politik treiben, durch die sie von der Koalitionspolitik ihrer Führer losgelöst werden. Unsere Aufgabe ist es, gerade dort gegen Levis „Manöver" zu kämpfen.

Die „Grenzen" des Manövrierens.

Man fragt uns: Wo sind die Grenzen eurer Politik? Sagt uns konkret, wie weit wollt ihr gehen. Bis hierher ist es ganz schön, aber was steckt dahinter? Solche Fragen verraten einen wirklichen Opportunismus. Ueber Kompromisse und Manöver gibt es kein Schema. Man kann nicht eine Tabelle aller möglichen Manöver, die noch kommen werden, machen. Leninismus heißt nicht nur, den Leninismus in der Vergangenheit kapieren, sondern ihn praktisch anzuwenden auf die neuen Fragen der Gegenwart. Wo sind die Grenzen des Opportunismus? Es gibt kein Mittel gegen ihn, **als unbedingt auf der Grundlage des Leninismus zu stehen und ihn anzuwenden. Man kann weiter sagen, organisatorisch gibt es noch die Bindung mit der KPR. Das Zusammengehen mit ihr ist die zweite Garantie gegen den Opportunismus.** Die Genossen in Rußland sind ein